



Gewalt gegen Mitarbeitende

Die Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD verurteilt gewaltsame Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Sie unterstützt Anstrengungen auf allen Ebenen, um die Mitarbeitenden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu schützen.

Polizistinnen und Polizisten, aber auch Mitarbeitende der Rettungssanität und anderer Dienststellen, werden bei ihrer Tätigkeit immer wieder verbal und physisch angegriffen. Menschen, die in diesen Berufen arbeiten, schützen das friedliche Zusammenleben und sind auch für rasche Hilfe in Notfällen wichtig und unabdingbar. Dafür geniessen sie unseren Respekt und unsere Unterstützung. Zu ihrem Auftrag gehört auch die Bewältigung von schwierigen Situationen und Konflikten. Wenn sie dabei bedroht, mit Worten oder gar durch Anspucken beleidigt werden, so ist das nicht tolerierbar.

Aufs Schärfste verurteilt die KSSD gewaltsame Angriffe. Sie können für die Gesundheit der Betroffenen gravierende Folgen haben. Gewalt hat in den Schweizer Städten keinen Platz.

Das Phänomen ist nicht neu, hat sich in den letzten Jahren aber verschärft. Neben Übergriffen, die von einzelnen Personen ausgehen, gibt es in jüngerer Zeit immer wieder Situationen, in denen die Polizei aus Gruppen heraus angegriffen wird. Das Aggressionspotential ist zum Teil erschreckend hoch. Auch wenn diese Ereignisse nicht zum Alltag gehören: Sie bergen jedes Mal ein grosses psychisches und physisches Verletzungspotenzial.

Die Städte als Arbeitgeberinnen sind in der Pflicht, für den Schutz ihrer Mitarbeitenden zu sorgen. Mehrere Polizeikorps haben reagiert, etwa mit Ausbildungsmassnahmen und angepassten Einsatzdispositiven, die den Risiken im urbanen Raum Rechnung tragen und die Identifizierung von Tatverdächtigen begünstigen. Städtische Sicherheitsorganisationen, die mit den besonderen Herausforderungen im urbanen Raum vertraut und lokal verankert sind, haben gute Voraussetzungen, um wirksame Antworten zu finden. Der KSSD-Vorstand ist überzeugt: Die bürgernahe Polizeiarbeit kann dazu beitragen, dass die Uniform nicht zur Zielscheibe wird.

Die KSSD als Zusammenschluss der für die Bereiche Polizei und Sicherheit zuständigen Mitglieder von Schweizer Stadtregierungen fördert den Austausch von Erfahrungen und Best Practice.

Gefragt sind präventive, aber auch repressive Antworten. Die KSSD unterstützt daher auch den Vorschlag des Bundesrats, den Strafrahmen für den Tatbestand der Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte aus einer Gruppe heraus (Art. 285 Abs. 2 Strafgesetzbuch) zu erhöhen, dabei aber den Gerichten den nötigen Ermessensspielraum zu belassen. Zentral ist aus Sicht der KSSD, dass die Täter gefasst werden und die allfällige Bestrafung rasch erfolgt.



Weitere Informationen:

Barbara Günthard-Maier, Präsidentin der KSSD

Hintergrundinformationen zur Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren

Die Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) ist ein Zusammenschluss der für die Bereiche Polizei und Sicherheit zuständigen Mitglieder von Schweizer Stadtregierungen. Sie vertritt die Sicherheitsinteressen und -bedürfnisse der Bevölkerung in zahlreichen grösseren und mittleren Schweizer Städten und stellt auf städtischer Ebene das Pendant zur Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) dar.